



Vor einer ungewissen Zukunft steht die JobCenter ARGE, die Dortmunder Arbeitslose betreut, da die CDU einer notwendigen Reform Steine in den Weg legt. Foto: Schmitz

## Sorge um Zukunft der ARGE

Rückfall in alte Zeiten droht: SPD kämpft für Service für Arbeitslose

**Unsicher ist die Zukunft der JobCenter ARGE, welche Langzeitarbeitslose betreut. Denn das Bundesverfassungsgericht hat die Arbeitsgemeinschaft als Mischverwaltung der Kommunen und Arbeitsagentur für verfassungswidrig erklärt.**

Und das, nachdem nach anfänglichen Startproblemen die ARGE gut funktioniert. Bundesregierung und Bundestag sind deshalb aufgefordert, bis Ende 2010 eine neue rechtssichere Konstruktion der JobCenter in ganz Deutschland zu finden. Dazu hatte Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) eine Grundgesetzänderung und ein Organisationsgesetz vorgeschlagen.

Die JobCenter sollten zukünftig in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts geführt werden. Damit wäre sichergestellt, dass sie in der bisherigen Form weiterarbeiten können. Die Kundinnen und Kunden der JobCenter hätten auch zukünftig unbürokratisch Leistungen nach dem SGB II bekommen. Die Mitarbeiter wären

als kommunale Beschäftigte in den JobCentern ebenfalls abgesichert. Doch diesen Plänen hat die CDU-Bundestagsfraktion eine Absage erteilt. Sie will keine Grundgesetzänderung und kein Organisationsgesetz.

Deshalb droht jetzt ein Rückfall in alte Zeiten, als hilfesuchende Menschen mehrere Stellen aufsuchen mussten, um Leistungen zu beantragen und



Vermittlungsangebote zu nutzen. Die CDU lässt die Reform der JobCenter scheitern, weil sie Machtspielen auf Kosten der arbeitslosen Menschen und der Beschäftigten der JobCenter betreiben will. Sie bringt eine hochwertige Dienstleistung aus einer Hand in Gefahr. So rückt die Reform der JobCenter in weite Ferne und dürfte vor der Bundestagswahl im September fast unmöglich sein.

„Die JobCenter ARGE Dortmund steht vor einer ganz un-

gewissen Zukunft“, kritisiert Michael Taranczewski, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und Mitglied im Trägerschaftsausschuss der JobCenter ARGE, die Haltung der CDU-Bundestagsfraktion. „Einen großen Anteil am bisherigen Erfolg der JobCenter ARGE Dortmund kommt den kommunalen Beschäftigten zu, die ihr bewährtes Wissen aus der alten Sozialverwaltung dort einbringen und sich auf eine Personalzuweisung in diese neue Verwaltungsform eingelassen haben. Nicht auszudenken, wenn sich diese Mitarbeiter wegen der unsicheren Lage der JobCenter jetzt beruflich neu orientieren. Die Verantwortlichen für diesen Vertrauensverlust bei den Beschäftigten sind bei der CDU zu suchen.“

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt fragt sich, wie sich wohl der Dortmunder CDU-Bundestagsabgeordnete Erich Fritz bei der Abstimmung in dieser Frage in der CDU-Bundestagsfraktion verhalten hat. Wenn er seiner Fraktion gefolgt sein sollte, hat er den Arbeitslosen in Dortmund einen großen Schaden zugefügt.

## Dortmund vergibt zusätzliche Bauaufträge für 78 Mio. Euro

Konjunkturpaket soll heimische Unternehmen stärken und Arbeitsplätze retten

**Das Konjunkturpaket II, mit dem die Stadt Dortmund 78 Mio. Euro für zusätzliche Bau- und Sanierungsmaßnahmen erhält, kann jetzt umgesetzt werden. Der Rat hat grünes Licht für die vorläufige Maßnahmenliste gegeben.**

Friedhelm Sohn, der für die SPD-Fraktion im Rat Stellung genommen hat, freut sich besonders über ein eher seltenes Ereignis: Bei der Umsetzung des Konjunkturpakets II konnte Einvernehmen über alle Parteigrenzen hinweg erzielt werden.

Noch wenige Tage zuvor hatten sich die freien Träger und Verbände wie Arbeiterwohlfahrt, Diakonisches Werk, Caritas, die Kirchen und freie Initiativen zu Wort gemeldet und Geld aus dem Programm zur Sanierung ihrer Einrichtungen für sich reklamiert.

„Und damit hatten sie völlig Recht“, so Friedhelm Sohn in der entscheidenden Ratssitzung. „Die freien Träger übernehmen seit Jahrzehnten wichtige soziale Aufgaben in unserer Stadt. Deshalb müssen sie gleichberechtigt mit den städtischen Einrichtungen behandelt werden.“

Die Verwaltung hatte zuvor zahlreiche städtische Maßnahmen und Projekte aufgelistet, nach verschiedenen Kriterien bewertet und auf schnelle Umsetzung hin untersucht, um unverzüglich mit der Auftragsvergabe beginnen zu können. Immerhin soll die Hälfte der Maßnahmen bereits in diesem



Hier baut die Stadt: Diese Schilder sind in Dortmund demnächst noch öfter zu sehen.

Jahr umgesetzt sein. Doch der SPD-Fraktion lag viel daran, die Anträge freier Träger angemessen zu berücksichtigen.

Auch sollten die zwölf Bezirksvertretungen Gelegenheit zur Bewertung und Nachsteuerung haben. In einem beispiellosen Kraftakt mit zahlreichen Sondersitzungen konnte erreicht

werden, dass dem Rat alle noch ausstehenden Anträge vorlagen und beschlossen werden konnten.

Allerdings kletterte so die Summe der Maßnahmenwünsche auf 160 Mio. Euro, und ist damit mehr als doppelt so hoch, wie die zur Verfügung stehenden Mittel. Aus dieser Maßnahmen-

liste wird beim Vorliegen der exakten Ausführungsbestimmungen die endgültige Auswahl der Projekte getroffen.

„Es werden dann zwar einzelne Wünsche nicht berücksichtigt werden können“, erläutert Friedhelm Sohn, „aber das Auswahlverfahren wird transparent und für die Antragsteller nachvollziehbar.“

Die endgültige Beschlussfassung über die Projektliste soll deshalb in der Juni-Ratssitzung erfolgen, denn bis dahin dürften alle Unklarheiten beseitigt sein.

Was passiert nun mit den Maßnahmen, die nicht aus dem Konjunkturpaket finanziert werden können? Landen diese auf der „langen Bank“? „Nein“, versichert Schulausschussvorsitzender Hermann Diekneite, der besonders auf die vielen Schulbauprojekte achtet: „Maßnahmen, die jetzt nicht realisiert werden können, werden sich in den regulären Investitionsprogrammen der Haushaltsjahre 2010 und 2011 wiederfinden. Außerdem werden wir die Prioritätenlisten ergänzen.“

Für die SPD-Fraktion steht fest, dass das Konjunkturpaket II eine zusätzliche riesige Chance zur Verbesserung und Erneuerung unserer Bildungseinrichtungen und der Infrastruktur bietet.

Das wird allen Dortmunderinnen und Dortmunder zu Gute kommen. Auch besteht die Chance, dass mit dem Konjunkturprogramm heimische Unternehmen gestützt und bedrohte Arbeitsplätze längerfristig gesichert werden können.

## Weg frei für neue Rettungswachen

CDU verweigert Zustimmung für neue Rettungsfahrzeuge und Wachen

**Was lange währt, wird endlich gut! Das gilt wohl erst recht für den neuen Rettungsdienstbedarfsplan der Stadt, der vom Rat mit den Stimmen der SPD-Fraktion beschlossen wurde.**



Zwei neue Rettungswachen, neue Rettungsfahrzeuge und Rettungstechnik sichern die Notfallversorgung der Dortmunder Bürger. Foto: Stefan Quinting

Stadt diesem Ziel ein gutes Stück näher. Versorgungslücken werden geschlossen und der Rettungswagen eines privaten Anbieters überflüssig. Damit kann der Rettungsdienst sogar um 320.000 Euro für das 18. Rettungsfahrzeug entlastet werden.

Die CDU-Fraktion wollte trotzdem an den Rettungsdienstleistungen des privaten Anbieters zu Lasten der Hilfsorganisationen festhalten. Ein klarer Schlag ins Gesicht der über 800 Mitarbeiter der Hilfsorganisationen! Damit wollte die CDU-Fraktion auch den Rettungsdienst unter das Motto „Privat vor Staat“ stellen. Die SPD-Fraktion setzt weiter auf die hervorragende Kooperation der Feuerwehr mit den Hilfsorganisationen. Gerade der Einsatz der

ehrenamtliche Kräfte, die gut ausgebildet und uneigennützig anpacken, ist unverzichtbar.

Feuerwehr und Hilfsorganisationen bilden auch im Katastrophenschutz ein integriertes Hilfesystem, in dem man schon jahrelang „Hand in Hand“ arbeitet. Die SPD-Fraktion hat damit unter Beweis gestellt: Ihr sind Ehrenamt und öffentliche Sicherheit sehr wichtig!

**Sicherheit und Sauberkeit zeichnen Lütgendortmund aus. Dafür setzt sich die SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung bedingungslos ein. Bei der letzten Verschönerungsaktion handelten sich die Genossen jedoch eine Anzeige seitens der NPD ein.**

Angeblieh wäre ein verbotenes Symbol, nämlich ein Hakenkreuz, gezeigt worden. Vor Ort stellte die Polizei jedoch nur Anti-Nazisymbole fest. Mit diesen Symbolen waren Papierkörbe gekennzeichnet, in die die Bürger Werbematerial der NPD entsorgen konnten. Die Aktion der SPD-Fraktion richtete sich gegen Auftritte der rechtsradikalen Partei im Stadtbezirk.

Unter dem Motto „Gesicht zeigen“ beobachtet die SPD-Fraktion schon seit längerem die Aktivitäten im braunen Sumpf vor Ort. So verschanzeln Aufkleber des sogenannten „Nationalen Widerstandes“ Laternenpfähle, verdrecken einfältige Hetzpa-



Der Zuspruch von Bürgern zu der Aktion „Gesicht zeigen“ spornt den Arbeitskreis gegen Rechts an.

rolen Häuserwände. Unter der Maske eines Sportvereins üben autonome Nationale in einer Turnhalle den Straßenkampf. Rotten in Springstiefeln verbreiten ein Gefühl von Unsicherheit auf den Straßen.

Wenn dann noch der Alkoholpegel steigt, verwandelt sich Hetze leicht in Gewalt. Deshalb hat die SPD-Fraktion im Stadt-

bezirk einen Arbeitskreis gegen Rechts ins Leben gerufen.

Dieser Arbeitskreis schrieb einen Brief an alle Gastwirte im Stadtbezirk, in dem Hilfe und Aufklärung angeboten wurden.

Denn unter dem Deckmantel der Traditionspflege trifft sich die rechtsradikale Szene regelmäßig in einer Gaststätte. Wenn sie Räume suchen, treten die

Brandstifter oft im Gewand des Biedermanns auf. Darüber hinaus hat der Arbeitskreis Aufklärungsveranstaltungen für Bürger organisiert, wie den Besuch des Mahnmals in der Bittermark.

„Sozialdemokratie bedeutet soziale Gerechtigkeit in Demokratie, Freiheit, Toleranz und Verständigung für alle. Diese Werte haben keinen Platz in der kleinkarierten Welt der Rechtsradikalen. Unsere freiheitliche und demokratische Grundordnung lebt nur, wenn sie gelebt wird“, so Horst Krohn, SPD-Sprecher in der Bezirksvertretung.

Deshalb stellten sich Mitglieder der SPD-Fraktion mit Papierkörben neben einen NPD-Info-Stand und fanden reichlich Zustimmung. Der Arbeitskreis gegen Rechts ist für jeden Bürger offen, der Aktivitäten der Neonazis eindämmen möchte. Termine können über das Internetangebot des SPD-Stadtbezirks Lütgendortmund / Marten abgefragt werden. Adresse: [www.spd-luetgendortmund.org](http://www.spd-luetgendortmund.org)

### Zitat des Monats

„Wir glauben an Dortmund.“

(Peter Melerski, Regionalvorstand der Unternehmensberatungsfirma Ernst & Young)

**Sie nutzen das Internet? Sie haben E-Mail?**

**Dann besuchen Sie uns unter**

**[www.spd-fraktion-dortmund.de](http://www.spd-fraktion-dortmund.de)**

**und abonnieren Sie dort unseren aktuellen Newsletter!**

### Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt:  
SPD-Fraktion im Rat der Stadt DO  
Dr. Andreas Paust  
Fraktionsgeschäftsführer  
Friedensplatz 1  
44135 Dortmund  
Tel: 0231 / 574513 Fax: 579147  
Email: [fraktion@spd-fraktion-dortmund.de](mailto:fraktion@spd-fraktion-dortmund.de)